



Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertriebs monatlich 1.75 RM. Einzelnummer 1 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Poststelle Wildbad. — Postkonto: Enztalbote G. & Co., Wildbad; Postbehalter: Oberpostamt Poststelle Wildbad. — Postfach Nr. 201 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einmalige Platzzeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamazeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontoforderungen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Drauf. Verlag und Schriftleitung: Theodor Gass, Wildbad 1, Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Hans Bollmer.

Rummer 144 Fernruf 479 Mittwoch den 24. Juni 1931 Fernruf 479 66. Jahrgang.

Keine Erleichterungen

Berlin, 23. Juni. Um 11 Uhr trat heute morgen in der Reichskanzlei eine Ministerbesprechung zusammen, die sich mit den durch den Hooverplan aufgeworfenen Fragen beschäftigte. Es ist anzunehmen, daß im Rahmen der Aussprache auch die inneren Auswirkungen eines Tributjahres erörtert wurden. Die Meinung bei allen Kabinettsmitgliedern geht übereinstimmend dahin, daß den teilweise bereits an die Reichsregierung herangetragenen Wünschen auf Entlastung, die mit den Tributsparrnissen begründet werden, unter keinen Umständen Rechnung getragen werden kann. Das Reichskabinettsmitglied vertritt vielmehr die Auffassung, daß, falls der Hooverplan verwirklicht wird, alle eintretenden Ersparnisse zur Stärkung und Sicherung der öffentlichen Finanzwirtschaft unter Fortsetzung schärfster Sparmaßnahmen verwendet werden müssen.

Es wird deshalb gut sein, wenn man sich bezüglich des Manifests Hoovers keine Luftschlöffer baut.

Ein französischer Kompromißvorschlag

Paris, 23. Juni. Der französische Ministerrat hat die Entscheidung über die Antwort an Hoover auf Mittwoch vertagt. Nach einem Vortrag des Finanzministers und des Außenministers fanden ausführliche Beratungen statt, die jedoch zu keinem endgültigen Ergebnis führten. In der amtlichen Mitteilung wird nicht gesagt, warum die Entscheidung trotz der gründlichen Vorbereitung durch Sonderbesprechungen und Sachverständigenkonferenzen nicht getroffen werden konnte.

Zu der Vertagung der Entscheidung des französischen Ministerrats über den Hoover-Plan geht in journalistischen Kreisen das Gerücht, daß sehr ernste Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts bestehen. Briand wünscht aus politischen Gründen zweifellos ein Eingehen auf die amerikanischen Vorschläge und Sicherung der französischen Interessen auf dem Wege der Verhandlungen. Aber es ist bekannt, daß die Mehrheit der Minister gegen die formelle Verletzung des Haager Abkommens Bedenken hat und infolgedessen für die Ablehnung des Hooverischen Vorschlags eintritt, soweit er die ungeschulte Jahreszahlung betrifft. Mittlerweile ist in der Kammer eine ganze Serie von Interpellationen eingebracht worden, durch die das gesamte Gebiet der Reparations- und Schuldentilgungen, ja sogar der Abrüstungen berührt wird. Unter den Interpellanten befinden sich Angehörige aller Parteien von rechts bis links. Die Regierung will anscheinend die Kammerausprache abwarten, ehe sie dem Präsidenten der Vereinigten Staaten antwortet.

Nach einer anderen Lesart haben Pariser Finanzkreise folgenden Kompromißplan: Deutschland bezahlt in den Jahren 1931—32 500 Millionen Goldmark an die WZ. Frankreich verpflichtet sich, diese Summe nicht abzurufen. Die WZ stellt sie im Wege der Anleihe der Reichsregierung zur Verfügung und zwar auf 1 Jahr. Der Fehlbetrag im französischen Haushalt wird durch Ausgabe von kurzfristigen Schatzscheinen gedeckt, so daß keine neuen Steuern notwendig sind.

Bedingungslose Annahme Voraussetzung

Hoovers strenge Ansicht

Washington, 23. Juni. Präsident Hoover kehrte gestern vormittag nach dem Weißen Hause zurück und begann sofort mit seinen Arbeiten. Die Auffassung des Weißen Hauses wird durch folgenden ungewöhnlichen Vorgang deutlich gekennzeichnet: Der Unterstaatssekretär im Schatzamt, Ogden Mills, überreichte am Montag abend dem französischen Handelsattaché eine vergleichende ziffernmäßige Aufstellung über die Folgen, die für Frankreichs Finanzen bei der Annahme oder Ablehnung von Hoovers Vorschlägen eintreten würden. Die Aufstellung kommt zu dem Ergebnis, daß Frankreich am besten daran tue, wenn es sich der Annahme des Hooverischen Vorschlags nicht widersetze. Einzelheiten aus dieser Aufstellung sind bisher nicht bekanntgegeben worden.

In Kreisen des Weißen Hauses und des Staatsdepartements herrscht die Meinung vor, daß die für morgen erwartete Antwort der französischen Regierung, wenn sie auch nicht ablehnend ausfallen werde, doch von bestimmten Forderungen bezüglich des ungeschulten Teiles der Reparationsleistungen begleitet sein werde.

Tagespiegel

Die geplante Nordpolfahrt, bei der ein Steubischein mit dem Polarforscher Wilkins geplant war, wurde endgültig abgeblasen. Wilkins hat bekanntlich mit seinem „Nautilus“ bereits Schiffbruch erlitten. Der Luftschiffbau plant eine Arktisfahrt über Sibirien und das Karibische Meer, die Ende Juli angetreten werden soll.

Im Reichsarbeitsministerium fand gestern die angekündigte Besprechung über die zur Arbeitszeitverkürzung zu erlassende Durchführungsvorordnung statt. Der Entwurf läßt die Möglichkeit einer Kürzung des Gehaltes bzw. Lohns in vollem Umfange der Arbeitszeitverkürzung zu.

Ermächtigungsgesetz in Danzig. Die Zusammenkünfte am Sonntag haben die Danziger Regierung veranlaßt, dem Volkstage ein Ermächtigungsgesetz zur Sicherung der Ordnung zuzuleiten, in dem der Senat zu außerordentlichen Befugnissen ermächtigt wird, die in erhöhtem Maße die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gewährleisten.

Aber selbst frankophile Elemente innerhalb der Regierung würden, wie einstimmig versichert wird, eine bedingte Zustimmung Frankreichs nicht anerkennen, sondern unbeugsam auf der Annahme des Hoover-Plans in der vorliegenden Fassung bestehen. Bezeichnend für die Haltung der Washingtoner Regierung ist der heutige Leitartikel der „Herald Tribune“, in dem es u. a. heißt: Der Versuch der Pariser Regierung, den auf Frankreich entfallenden Anteil der ungeschulten Jahreszahlungen von dem Zahlungsausschub auszuschließen, würde voraussichtlich den ganzen Hooverplan zum Scheitern bringen. Noch schärfer äußert sich Hearst in einem groß aufgemachten Leitartikel in den 18 Zeitungen seines Konzerns.

Frankreich sei eine ständige Kriegsdrohung. Es benutze gestohlene Gelder, um eine gigantische Kriegsmaschine aufzubauen, um Europa zu unterjochen; Frankreichs großsprecherische Piratenaktion sollte vor ein Weltkriegsgericht gestellt und gezwungen werden, Frieden zu halten oder die vernichtenden Folgen seiner Politik zu tragen.

Eine Reihe von führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Wirtschaft haben Erklärungen abgegeben, in denen sie sich zustimmend zu dem Plan Hoovers äußern und ihrer Befriedigung über diesen Schritt des Präsidenten Ausdruck geben. Eine Erklärung von weittragender Bedeutung gab der Staatssekretär Stimson vor Pressevertretern ab.

England stimmt zu

London, 23. Juni. Die englische Regierung hat am Montag vormittag ihre Antwort auf die Moratoriumserklärung Hoovers an die Regierung der Vereinigten Staaten übermitteln lassen. Das Telegramm stimmt inhaltlich mit den Äußerungen überein, die MacDonald am Montag nachmittag im Unterhause abgab, wonach die englische Regierung die Vorschläge Hoovers begrüßt und sie grundsätzlich annimmt. Zu den Vorgängen, die zu der grundsätzlichen Annahme des Hooverplans durch die englische Regierung führten, meldet die „Times“, MacDonald habe die Angelegenheit am Montag mit den führenden Mitgliedern seines Kabinetts besprochen. Man habe sich dahin geeinigt, daß eine möglichst schnelle Bekanntgabe des Willens der englischen Regierung zur Zusammenarbeit wünschenswert sei. Gleichzeitig habe Ueber einstimmung darin bestanden, daß der Hooverplan eine Reihe von Punkten enthalte, die noch der weiteren Aufklärung (!) bedürften, bevor endgültige Entscheidungen getroffen (!) werden könnten.

Nicht ohne Interesse ist im Zusammenhang mit den Erklärungen MacDonalds der Appell, den das englische Regierungsblatt, der „Daily Herald“, heute morgen an Frankreich richtet. In großer Ueberschrift sagt er, daß der Hooverplan in Gefahr sei, weil Frankreich im Wege stehe.

Eine amerikanische Warnung an Europa

Newyork, 23. Juni. In einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Ein großartiger erster Schritt“ erklärt „World Telegram“, Hoover habe die Krise nicht übertrieben. Sie könne gar nicht übertrieben werden. Deutschland sei dem Bankrott und der Revolution so nahe, wie es eine Nation nur sein könne. Ehe diese Ereignisse eintreten, müsse in dem einen Jahr, für das der Zahlungsausschub gelten sollte, die Befestigung des Westräftens, der falschen Grenzbedingungen und der unübersteigbaren Zollmauern in Angriff genommen werden. Geschähe das nicht, so werde die Gefahr einer Explosion nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben.

Falls die früheren Alliierten in der kommenden Abrüstungskonferenz ihre Rüstungen nicht durchgreifend herabsetzen, könnten sie sicher sein, daß der Kongreß es ablehnen werde, den Zahlungsausschub zu verlängern, und daß die amerikanische öffentliche Meinung die weitere Zusammenarbeit mit Europa ablehnen werde.

Burechs Pläne

Wien, 23. Juni. Die neue Regierung Dr. Burech, in der Dr. Schöber als Außenminister wieder vertreten ist, hat gestern die Leitung der Geschäfte übernommen. Der Finanzminister Dr. Redlich hat bereits verschiedene Besprechungen, sowohl mit dem zurückgetretenen Finanzminister Dr. Juch wie mit Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens. Gestern nachmittag fand der erste Ministerrat des neuen Kabinetts statt. In dieser Sitzung wurde über die Regierungserklärung Beschluß gefaßt, die heute nachmittag dem Nationalrat vorgelegt werden soll.

Ueber das Programm des neuen Finanzministers erfahren wir, daß Dr. Redlich die Absicht hat, das Ersparungsprogramm in zwei Teile zu teilen, in ein sogenanntes „Sofort-Programm“ und in ein Programm, das erst in der Herbstsession des Parlamentes zur Durchführung gelangen soll. Vor allem wird es sich darum handeln, die Entwicklung des Budgets genau zu verfolgen und andererseits das brennende Problem der Sanierung der Kreditanstalt in ein ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Was die Beamtengehälter betrifft, so hört man, daß Dr. Redlich das sogenannte Besoldungserhöhungsgesetz fallen lassen wird; dagegen soll das sogenannte Besoldungssteuergesetz, das für alle festangestellte in einer neuen Form eine gestaffelte Steuerkala vorsieht, vorgelegt werden.

Zwischen Wien und Berlin fand gestern ein Telegrammaustausch statt, der besondere Beachtung verdient. Der neue österreichische Bundeskanzler Burech sandte an Reichskanzler Dr. Brüning folgendes Telegramm: „Inläßlich der Uebernahme der österreichischen Bundesregierung erlaube ich mir, Ihnen die aufrichtigsten Grüße und Versicherung zu senden, daß auch die unter meiner Leitung stehende Regierung es sich angelegen sein lassen wird, die bestehende innige Freundschaft zwischen den beiden deutschen Brudervölkern zu pflegen und zu vertiefen.“ Der Reichskanzler hat mit folgendem Telegramm erwidert: „Haben Sie herzlichen Dank für die freundlichen Worte der Begrüßung, die Sie mir bei der Uebernahme der österreichischen Bundesregierung überlassen haben. Ich wünsche Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, und der von Ihnen geleiteten Regierung aufrichtig guten Erfolge, und kann Sie versichern, daß ganz Deutschland dem Brudervolk in Oesterreich in den ernststen Sorgen, die es jetzt zu überwinden gilt, in stets gleicher inniger Verbundenheit zur Seite steht.“

Die Chance

Ein Berliner Abendblatt übertrug am Montag die Mitteilungen über das Eingreifen Amerikas mit der Schlagzeile „Die Mark gerettet“. Und tatsächlich, so weit war es schon. Die Reichsbank stand unmittelbar vor Maßnahmen, deren Bekanntheit allein schon die deutsche Währung auf das schwerste erschütterte und damit unmittelbar zur Erklärung des Staatsbankrotts geführt hätte. Die Erklärung, die der Präsident der Vereinigten Staaten, wie es scheint, unmittelbar auf einen lebentlichen Hülers Hinderburgs hin erließ, hat Deutschland noch einmal vor diesem Schicksal gerettet und damit die Welt und die Weltwirtschaft vor einem Zusammenbruch bewahrt, dessen Folgen gar nicht auszudenken sind. Es verkleinert das gar nicht hoch genug anzuerkennende Verdienst des Präsidenten der Vereinigten Staaten, im entscheidenden Augenblick, sozusagen in letzter Minute, das Steuer in die Hand genommen und herumgeworfen zu haben, nicht das geringste, wenn man feststellt, daß es im ureigensten Interesse Amerikas lag, die Dinge nicht treiben zu lassen, sondern etwas zu tun. Amerika tat etwas und es tat das, was ganz und gar amerikanisch ist und was ganz und gar bis auf das J-Lupischen amerikanischer Einstellung zu den europäischen Dingen entspricht. Es gab „eine Chance“. Es gab Europa eine Chance. An Europa ist es nun, diese Chance zu nützen.

Wir sind in Deutschland nach so viel Unglück, nach so viel Uebelwolken, nach soviel enttäuschten Erwartungen, mit Mißtrauen bis an den Hals gefüllt. Niemand kann es uns verwehren, daß wir die Frage aufwerfen, ob das Ganze nicht ein „amerikanischer Bluff“ ist, den man mit dem Ziel in Gang setzt, den deutschen Staatsbankrott solange hinauszuschieben, bis amerikanische Geldanlagen in Ruhe aus Deutschland herausgezogen oder in anderer Form gesichert worden sind, und solange eine deutsche Regierung zu erhalten, von deren Erfüllungswillen man alles verlangen und alles erwarten darf. Ist das der Sinn des Hooverischen Vorschlags, dann muß er sich bald enthüllen. Dann ist dieser Vorschlag kein ehrlich gemeintes Hilfsangebot, kein Ausflus forabend oewonnener Erkenntnis, sondern ein ger

1a Eiderfettkäse 20% 9 Pfund Mk. 4.50 franko Dampf-Käse-Fabrik Rendsburg

meines Mäandern, ein Verbrechen, das schlimmer als die Verbrechen ist, die Frankreich tagtäglich politisch und wirtschaftlich an dem gescheiterten Tribustkloven Deutschland begeht. Wäre es bei der zuerst gemeldeten Absicht, Deutschland durch direkte Kreditübergabe zur weiteren Erfüllung instandzusetzen, geblieben, dann hätte über den Sinn dieser Absicht kein Zweifel obwalten können. Hier ist aber etwas Neues, und wie man sagen muß, Unerwartetes geschehen. Amerika gibt dem ganzen Europa einen Zahlungsaufschub unter der ausdrücklichen Bedingung, seine Schwierigkeiten selbst zu ordnen und den normalen Stand der Volkswirtschaft wiederherzustellen.

Wird unter dieser Voraussetzung an Deutschland, also an dem Angelpunkt der „Anormalität“, noch ein Kredit gegeben, so kann dieser nur den Sinn haben, den deutschen Kampf um die Revision zu unterstützen.

Unser Mißtrauen kann und wird uns nicht dazu verleiten, den Erfolg zu verkennen, den das unablässige Bohren gegen den Wahnsinn des Versailler Vertrages, gegen den Anflug der Reparationen und gegen den Widerstand der Erfüllungspolitik nun dadurch erzielt hat, daß man in Amerika offenbar beginnt, die Dinge zu erkennen, wie sie wirklich sind. Auch deutsche Zeitungen — bezeichnenderweise solche, die auf dem Boden der Erfüllungspolitik stehen — haben aus dem Satz der amerikanischen Botschaft, die Regierungschulden, die unter Wirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise untragbar geworden wären, würden in normalen Zeiten tragbar sein, entnommen, daß daraus deutlich der Entschluß Amerikas zu sprechen scheint, etwazigen Revisionswünschen mit Dauerwirkung nicht Rechnung zu tragen. Dieser Schluß ist vollkommen berechtigt, soweit es sich um die interalliierten Kriegsschulden an Amerika handelt. Der amerikanische Präsident spricht es klar aus, daß er eine Streichung dieser Amerika geschuldeten Summen nicht im entferntesten billigt. Diese Erklärung entspricht der Haltung, die Amerika vom Abschluß des Versailler Vertrages bis heute strikt durchgehalten hat. Aber gerade in der Konsequenz dieser Haltung liegt es, daß den Reparationschulden eine Sonderstellung eingeräumt wird, und daß hier nicht der Schluß erlaubt ist, sie in „normalen Zeiten“ für „tragbar“ zu halten.

Hat der amerikanische Schritt, das amerikanische Angebot einen Sinn, so kann es doch nur der sein, Europa eine Atempause zu verschaffen, in der es aus eigener Kraft den Grund der Anormalität, nämlich die „Auserlegung der Reparationen“, die „Auseilung von Kolonien“ und die „Aufteilung von Privateigentum“ revidiert. Dies alles sind Dinge, an denen Amerika „mit voller Absicht keinen Anteil gehabt“ hat, denen es sich fern hielt, die es also verurteilt und nun allmählich durch die Arbeit Schachts und Böglers in Paris, durch den Kampf um das Volksbegehren und schließlich durch das eigene Eingeständnis der deutschen Regierung und durch den Hifferuf Hindenburgs, als untragbar und unhaltbar erkennt.

Richtig verstanden, richtig von Deutschland aufgenommen und als Chance benützt! Darauf kommt für Deutschland alles an. Richtig verstanden ist diese Botschaft Hoovers die vernichtendste Verurteilung der deutschen Erfüllungspolitik, die von der Annahme des Dawespaktes über die Pariser Konferenz zur Annahme des verfallenen Youngplans im Haag bis zu dem ausichtslosen, den Staatsbankrott herbeizwingenden Versuch führte, die innere Sanierung auf dem Wege der Erfüllung zu erreichen. Dieser Versuch ist gescheitert. Und wir wären nun buchstäblich tot, wenn nicht der amerikanische Schritt diese letzte Chance böte, in einem so kurz befristeten „Feierjahr“ nun wirklich zu arbeiten und das zu tun, was zu tun notwendig ist. Im Innern die Mißwirtschaft abzustellen und alle aufbauenden Kräfte Deutschlands auf das eine Ziel zu sammeln, nach außen hin die Revision zu betreiben und die deutsche Freiheit in der Welt und für die Welt zu erkämpfen.

Studentenausföhrung in Wien

Wien, 23. Juni. Der Verfassungsgerichtshof hat die vom Rektorat der Wiener Universität im März 1930 beschlossene Studentenordnung als verfassungswidrig aufgehoben. Eine Wiener Zeitung hatte bekanntlich die von Rektor Gleisbach ausgearbeitete Studentenordnung, die die Studenten in verschiedene Studentennationen einteilte, und die sich das Recht einräumte, die von den einzelnen Studenten angegebene Nationalzugehörigkeit anzusehen, einer überaus scharfen Kritik unterzogen und sie als Verletzung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Staatsbürger bezeichnet. Der Rektor und der akademische Senat haben wegen dieses Artikels die Ehrenbeleidigungsklage erhoben. Der Verfasser des Artikels, Klebinger, verlangte bei der Verhandlung die Ueberprüfung der Verfassungsmäßigkeit

der Studentenordnung. Der Verfassungsgerichtshof hat diese Ueberprüfung nunmehr vorgenommen und die Studentenordnung als verfassungswidrig aufgehoben.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung des Wiener Verfassungsgerichtshofs, wonach die Studentenordnung vom Jahre 1930 als ungültig erklärt wird, kam es an der Wiener Universität zu schweren Ausschreitungen. Eine Gruppe Nationalsozialisten stürmte nach dem Bekanntwerden des Urteilspruches den Verfassungsgerichtshof mit dem Ruf „Deutschland erwache“, zur Universität. Ein Teil der Demonstranten drang über die Rampe der Aula ein und verbreitete dort die Nachricht von der Aufhebung der Studentenordnung. Die Studenten hielten eine Protestversammlung ab. Es kam zu einer furchtbaren Prügelei, in deren Verlauf fünf Studenten verletzt und mit blutenden Wunden aus der Universität geworfen wurden. Eine Gruppe von Studenten wandte sich an den diensthabenden Polizeioffizier mit der Aufforderung, einzuschreiten, da sonst ein schweres Unglück unvermeidbar sei. Der Polizeioffizier gab zur Antwort: „Sie wissen, daß vor Jahren einmal in der Aula geschossen wurde, wir standen damals mit gezogenem Säbel vor dem Haupttor und durften nicht einschreiten. Solange uns der akademische Senat nicht die Erlaubnis gibt, dürfen wir die Aula nicht betreten“. Es verriet, daß das Professorenkollegium beschloffen haben soll, für den Fall eines Andauerns der Krawalle die Universität bereits Ende Juni zu schließen. Nach anderen Mitteilungen sollen bei den heutigen blutigen Ausschreitungen in der Universität zehn Personen schwer verletzt worden sein.

Unruhiges Magdeburg

Magdeburg, 23. Juni. Gestern abend ereigneten sich in der Jakobstraße und in den angrenzenden Nebenstraßen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und der Schutzpolizei. Die Kommunisten hatten versucht, einen Demonstrationzug zu bilden. Als eine Polizeistreife ihn auflösen wollte, setzten sich die Kommunisten zur Wehr. Als die Polizei zwei Leute festnahm, versuchten die Kommunisten, die Gefangenen zu befreien. Die Schutzpolizei sah sich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Ein Mädchen erhielt einen Kniebeschuß und einer der Demonstranten mußte mit einem Unterleibschuß in ärztliche Behandlung gebracht werden. Die Polizei nahm 5 Personen fest. Die Zusammenrottungen setzten sich bis gegen 24 Uhr fort, so daß die Polizei die Straßen mehrere Male säubern mußte.

Schienezepelin-Verkehr Berlin — Hamburg

Berlin, 23. Juni. Der Erfolg der Fahrt Berlin — Hamburg des Kranaeralchen Propellerwagens

soll, wie das B. T. berichtet, insofern bereits eine wichtige Auswirkung gehabt haben, als die Reichsbahngesellschaft sich entschlossen habe, schon zum späten Herbst einen Schnellverkehr auf der Strecke Berlin — Hamburg einzurichten. Dazu wäre notwendig, daß der gesamte gewöhnliche Güterzugverkehr verlegt würde. Es müßten für alle langsameren Züge Zwangshaltestellen und Ueberholungsstationen eingeführt werden. Die Gleisanlage soll, wie in Fachkreisen angenommen werde, die Benutzung durch den Schienenzeppelin aushalten können.

Neue Papstrede

Rom, 23. Juni. Vor den Mitgliedern und Schülern des Instituts „Propaganda Fide“ hielt Papst Pius XI. eine neue Rede zum Streit um die katholische Aktion. Die Rede sei auch weiterhin, so fährt er nach dem „Osservatore Romano“ dabei u. a. aus, peinlich und anormal. Der Weg zur Verständigung sei bis jetzt leider nicht eingeschlagen, ja nicht einmal die Möglichkeit zur Aufnahme von Verhandlungen geboten worden. Im Gegenteil, alles sei geschehen, damit der Horizont düster und bedrohlich bleibe. Der Papst wandte sich dann mit sehr bestimmten Worten gegen die Ueberwachung der aufgelösten katholischen Jugendverbände, mit der die faschistischen Parteigruppen beauftragt worden seien. Bei dieser Sachlage bestehe wenig Hoffnung auf eine Klärung der Atmosphäre. Trotzdem wolle er sich in seiner Zuversicht nicht erschüttern lassen.

Dr. Luther bei Brüning. Reichskanzler Dr. Brüning hatte gestern, wie die D.M.Z. berichtet, eine Besprechung mit Reichsbankpräsident Dr. Luther über die schwebenden tributpolitischen Fragen.

Stahlhelmer von den Polen verhaftet. Wegen der Verhaftung von sieben Danziger Stahlhelmlieuten, die am Sonntag in Unkenntnis der unübersichtlichen Grenzverhältnisse am Brückenkopf bei Dirschau die dortige Grenze begangen und dabei sofort von der polnischen Polizei verhaftet worden sind, hat die D.M.Z. aus Danzig berichtet, die Danziger Regierung Einspruch eingelegt und die sofortige Freilassung gefordert.

Württemberg

Stuttgart, 22. Juni.

Ehrendoktor. Die Technische Hochschule in Dresden hat anlässlich ihrer Gründungsfeier die Würde eines Dr.-Ing. e. h. dem Professor Schmittknepper an der Technischen Hochschule Stuttgart verliehen.

25 Jahre württ. Gesandter. Der württ. Gesandte in München und beoilmächtigte Minister, Geheimer Legationsrat Karl Moser von Filsch, Kammerherr und Johanniterritter, ein sehr geschätztes Mitglied der Münchener Gesellschaft, sah am 21. Juni auf seine 25jährige Tätigkeit als Gesandter in München zurück. Moser von Filsch stammt aus Stuttgart, wirkte längere Zeit im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und wurde 1906 Nachfolger des verstorbenen Geheimrats Oskar Frhr. von Soden auf dem Gesandtenposten in München.

Konsularisches. Der zum Vizekonsul bei dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Donn Paul Medalie ist vorbehaltlich der Erteilung des Exequatur durch das Reich für das württembergische Staatsgebiet vorläufig anerkannt und zugelassen worden.

5,8 Millionen Abmangel im städt. Haushaltplan. Als im März d. J. der Haushaltplan des Gemeinderats verabschiedet wurde, betrug der Abmangel 300 000 RM. Inzwischen hat er sich auf 5,8 Millionen RM. erhöht.

Um die Rechtsgültigkeit des Fideikommissgesetzes. Hierzu geht der Verbo-Presse nachfolgende Darlegung zu: „Von der Pressestelle des Württ. Staatsministeriums wurde eine Notiz ausgegeben, die besagt, daß der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich einem Antrag nicht stattgegeben hat, den die Chefs der Fürstlichen Häuser Waldburg-Wolfegg-Waldsee und Waldburg-Zeil zugleich als Vertreter ihrer Ägnaten gestellt haben und der sich gegen die Anwendbarkeit und den Inhalt des Württ. Fideikommissgesetzes richtete. Von zuständiger Seite erfahren wir hierzu, daß sich der Staatsgerichtshof mit seinem Beschluß vom 28. April 1931 wohl in der Frage festlegte, ob die standesherrschafliche Familienautonomie auch unabhängig von der Landesgesetzgebung oder nur im Rahmen der Landesgesetzgebung ausgeübt werden könnte, daß daaaden der Staatsgerichtshof auf den

Nein!!
...keinen irbeliebigen
Makzaffee — es muß
Kathreiner
sein! **Kein anderer**
Makzaffee hat nämlich
das feine Kathreiner =
aroma.

Zumpe macht Karriere.

Eines Pechvogels lustige Geschichte von Fritz Körner.

2. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Zumpe hatte Glück. Wo die Bäder standen, das wußte er. Die hatten so schöne, rote, einpräglame Einbände.

Er kletterte auf der Leiter empor und suchte.

Ja ... der Teufel war im Spiel ... ausgerechnet

Italien war ausverkauft. Jeder andere Sortimentler, der

Süderlein kannte, hätte nun gesagt: „Darf ich es Ihnen be-

sorgen, Herr Geheimrat? Ich sende es Ihnen heute noch zu!“

Nicht so Zumpe. Der hatte einen anderen Gedanken.

Der Reiseführer von Spanien fiel ihm in die Hände.

„Herr Geheimrat!“ rief er von der Leiter herunter zum

allgemeinen Entsetzen. „Wollen Sie nicht lieber nach

Spanien fahren?“

Einen Augenblick war der Geheimrat auch verdutzt, als

ihm das so lebenswürdig gesagt wurde, dann sagte er

energisch: „Spanien ... wie kommen Sie darauf?“

„Ja, ich meine ... was ist schon Italien! Ewig den

Makkaroni und dann der Himmel ... der ist gar nicht so

blau in Italien, wie immer geschwärmt wird. Wissen Sie

der ist mehr bleifarben. Aber Spanien ... Spanien ...

fern im Süden das schöne Spanien ... kennst du das Land,

wo die Zitronen blühen ... und ... Franz Baumann

singt das so fabelhaft! Spaniens Sterne leuchten über

Granada! Herr Geheimrat ... Sie müssen nach Spanien

fahren!“

Der Geheimrat war starr über den Redeschwall, den

Anton wie einen Sturzbach auf ihn losließ.

Schreckensbleich standen die Sortimentler.

Um Gotteswillen ... was fiel dem Zumpe ein. Das

gab eine Katastrophe.

„Ich will nach Italien!“

„Herr Geheimrat ... Sie waren doch sicher schon

einmal in Italien! Spanien ... ist mal was Neues ... was

ganz anderes. Fern im Abendsonnenglanze leuchtete die

Alhambra. Ein Gang durch die wundervollen, poesieer-

füllten Gärten der Alhambra berauscht das Herz und

verklärt das Gemüt. Und dann ... raffiges Volk ... spani-

sche Stiertämpfe ... Madrid ...“ Er blätterte eifrig in

dem Führer und schnappte auf dieser oder jener Seite

blitzschnell irgend etwas auf. „Und Barcelona ... die Welt-

ausstellung ... Santander, der aufstrebende Seehafen.

Ein Volk, das Zukunft hat, und Primo de Rivera ist er-

ledigt! Kein Mussolini ärgert Sie dort!“

Alle sahen, wie des Geheimrats Kimbacken zitterten.

Alle Augenblicke befürchteten sie einen Ausbruch. Aber er

kam nicht.

Mit einem Male lachte der alte Süderlein auf und rief

gutgelaunt zu Zumpe empor: „Mann Gottes, warum wollen

Sie uns denn absolut nach Spanien verfrachten?“

„Ganz einfach, Herr Geheimrat ... der Reiseführer

von Italien ist nicht da ... und dann habe ich keine Sym-

pathie für Italien, denn ich habe mir als Kind mal den

Ragen mit zu viel Makkaronie verdorben. Das können Sie

mir glauben, mir können Sie tausend Mark hinlegen, ich

esse den ebenowenig, wie ich gegen Mussolini ein Attentat

ausübe.“

Die beiden so ungleichen Menschen sahen sich an.

Zumpe, strahlend lebenswürdig wie immer.

„Junger Mann ...“ sagte da der Geheimrat. „Sie

haben Talent! Wärrlich, Sie haben Verkaufstalent! Kom-

men Sie runter ... bringen Sie mir den Führer von

Spanien und dann will ichs mir mal überlegen.“

Das gesamte Personal bis zu der Kassiererin, der nicht

mehr ganz jungen, war starr!

Zumpe reichte dem Geheimrat den Führer.

Dieser nahm ihn, blätterte darin, dann blickte er Zumpe

scharf an.

„Sie können wohl die Gedanken von fremden Menschen

lesen?“

„Hin und wieder, Herr Geheimrat!“

„Scheinbar haben Sie die Gedanken meiner Frau und

meiner Tochter gelesen, denn die ... wollen nach Spanien!“

„Ausgezeichnet, Herr Geheimrat! Sie werden sich natür-

lich an das berühmte Wort halten: Komm den Frauen zart

entgegen.“

Da merkte der Geheimrat.

„Sagen Sie mir bloß mal, wer sind Sie?“

„Anton Zumpe aus Bugtebude, Herr Geheimrat!“

Zumpe ...? Sind Sie da mit dem Ministerialdirektor

Zumpe verwandt?“

„Er ist mein Bruder, Herr Geheimrat!“

„So, Ihr Bruder! Na, also, kurzer Prozeß, meine Leute

hätten mich nicht umgekrigt, aber ... weil Sie so ein

tüchtiger Kerl sind ... Ihnen zu Gefallen ... ich reise

nach Spanien!“

Er kriegte, als er das gesprochen hatte, beinahe einen

Lachkrampf.

Zumpe klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Haben

Sie sonst noch Wünsche, Herr Geheimrat?“

(Fortsetzung folgt).



Wichtigen Teil der Klage, der dem Fideikommissauflösungs-
gesetz Verstöße gegen die derzeitige Reichsverfassung vor-
wirft, überhaupt nicht einging und ein Urteil hierüber nicht
fällte, weil er insoweit auf dem Standpunkt steht, daß die
Verletzung verfassungsmäßiger Rechte durch ein Landes-
gesetz dem Staatsgerichtshof nicht durch Einzelpersonen oder
Verbände zur Entscheidung vorgelegt werden könne, wenn
ihnen zur Erledigung des Falls kein anderes Gericht offen-
stehe. Durch den Beschluß des Staatsgerichtshofs ist also in
keiner Weise festgestellt, daß das Fideikommissauflösungs-
gesetz nicht gewisse Bestimmungen enthält, die gegen die
Reichsverfassung verstoßen und deshalb noch angefochten
werden können.

Der Reichsarbeitsminister zur Doppelverdienfrage.
Der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband wird
ausgeschrieben: Der Reichsarbeitsminister hat in einem
Rundschreiben an die Spitzenverbände der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer erneut zur Doppelverdienfrage Stellung ge-
nommen. Er geht dabei von dem Beschluß der Brauns-
Kommission aus, der besagt: Die Arbeitgeber sollen in Zu-
sammenarbeit mit den Betriebsvertretungen dafür sorgen,
daß bei Entlassungen und Einstellungen im Fall gleicher
Eignung die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend berück-
sichtigt werden. Der Reichsarbeitsminister weist darauf hin,
daß das Betriebsrätegesetz die Möglichkeit zur Vereinbarung
von Einstellungsrichtlinien gibt, die Vorschriften gegen die
Einstellung berufsfremder Kräfte enthalten können. Wie
ausdrücklich hervorgehoben wird, sind solche Einstellungs-
richtlinien rechtlich Betriebsvereinbarungen, zu deren Zu-
standekommen die Schlichtungsbehörden Hilfe leisten können.

Der Reichsarbeitsminister empfiehlt den Arbeitgeberver-
bänden und den Arbeitnehmerverbänden, ihre Mitglieder
hierauf besonders hinzuweisen.

Schulpreisstiftung des Sesselbunds. Die diesjährige
Schulpreisstiftung des Deutschen Sesselbunds fiel zwei
Württembergern zu, und zwar dem Schüler Eugen Gerst-
maier (Kirchheim) vom Eberhard-Ludwigs-Gymnasium
Stuttgart und dem Schüler Walter Heuchlinger vom
Gymnasium in Ulm.

Die Eisenbahner zur Wirtschaftslage und Tributfrage.
Der 5. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Deutscher Eisen-
bahner hat zwei Entschlüsse zur Wirtschafts- und
Finanzlage und zur Tributfrage angenommen, in denen es
u. a. heißt: Die letzte Notverordnung vom 5. Juni mit ihren
unterschiedlichen Belastungsstufen und der Verankerung
eines weiteren Lohnabbaus in den Verkehrs- und Staats-
betrieben hat eine den Grundsätzen der Gerechtigkeit wider-
sprechende Begünstigung der Schwerverdiener sowie der
Großlandwirtschaft und der freien Berufe zu Ungunsten der
Gehalts- und Lohnempfänger gebracht. Der Gewerkschafts-
tag fordert die Aenderung dieser Bestimmungen der Not-
verordnungen. Die Mitglieder der Gewerkschaft deutscher
Eisenbahner e. V. sind ihrerseits nach wie vor bereit, durch
treue Pflichterfüllung, positive Mitarbeit und Uebernahme
jedes gerechten Opfers für die Freiheit und das Wohl-
ergehen von Volk und Vaterland zu wirken. Weiter for-
dert die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, daß Regie-
rung und Parlamente, unterstützt vom ganzen deutschen
Volk, mit noch größerer Entschiedenheit als bisher den
Kampf gegen die Tributlasten aufnehmen. Eine Befreiung
des deutschen Volkes vom Joch der Tribute muß jedoch auch
zur Befreiung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft von
der Reparationssteuer und zu ihrer Wiedereingliederung
unter die volle Reichshoheit mit den übrigen deutschen staat-
lichen Verkehrsbetrieben unter ein einheitliches Reichs-
verkehrsministerium führen.

Ein Verkehrsbuch für Kinder. Ein reizendes Verkehrs-
bilderbuch für Kinder gelangt in diesen Tagen an württem-
bergische Schulkinder kostenfrei zur Verteilung. Es enthält
u. a. folgende fünf Verkehrsregeln: „Hang dich an keinen
Wagen an, das hat noch niemals gut getan. — Gib dir der
Schuhmann einen Wink, gehorche ihm und zwar recht klug.
— Gehst du zur Schule und nach Haus, such stets den kür-
zesten Weg dir aus. — Spiel nicht mitten im Verkehr, es
könnte dich verletzen schwer. — Rücksicht aufs Alter ist ne
Tugend, merkt dir das, Rollerspielfugend!“

Krankheitsstatistik. In der 24. Jahreswoche vom 7.—13.
Juni 1931 wurden in Württemberg folgende Fälle von ge-
meingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten
amtlich gemeldet: Diphtherie 34 (tödlich 1); Kindbettfieber 5
(1); Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie an-
derer Organe 13 (27); Scharlach 21 (—); Typhus 2 (—);
Paratyphus 14 (—).

Vom Tage. Ein 17 Jahre alter Mechanikerlehrling er-
trug mittags beim Baden unterhalb des Bittersteigs bei
Cannstatt. Der Lehrling hatte sich, obgleich er nicht schwim-
men konnte, zu weit in den Neckar gewagt und wurde von
der Strömung mit fortgerissen. — Auf dem Pragfriedhof
verübte ein 45 J. a. Mann Selbstmord durch Erschießen. —
Ein in der Rauchkammer einer Møhgeret in der Calwer
Straße ausgebrochener Brand wurde von der Feuerwache 2
gelöscht. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

Cannstatt, 23. Juni. Töblicher Unfall. Gestern
wollte laut Cannstatter Zeitung ein Kranenführer in der
Eisengießerei M. Streicher, Cannstatt, mittels eines fahr-
baren elektrischen Kranens einen gegossenen Sägekopf,
etwa 800 Kilogramm schwer, nach einem Rollwagen führen.
Hindernisse im Weg veranlaßten ihn, mit der Last über
eine Form zu fahren, in der ein 60 J. a. Former von
Münster a. N. in kniender Stellung arbeitete. Gerade
als der Sägekopf über dem Mann war, ist ein Glied an
der Kette gesprungen und fiel ihm auf den Kopf. Er er-
litt einen tödlichen Schädelbruch.

Aus dem Lande

Elchingen, 23. Juni. Von der Amtsversamm-
lung. Die Amtsversammlung beschloß gestern, dem Staat
250 000 RM. Darlehen für den vierteljährigen Ausbau zu ge-
ben, zumal die Amtskörperschaft von einem Beitrag zur
Elektrifizierung befreit wurde und nachdem die Sache mit
der Unterstufungsaktion der Neßlinger Straßenbahn ver-
quittet wurde. Die Eisbergstraße wird mit Mitteln der Amts-
körperschaft in einen leidlichen Zustand versetzt, der aber nur
dem Nachbarschaftsstraßenverkehr entspricht. Kosten 36 000
RM. Die Staatsberatung ergab, daß für 1931 820 000 RM.
durch Umlage zu decken sind.

Vaihingen a. d. E., 22. Juni. Hoffnungsvoller
Junge. Ein 13jähriger Schüler von Riefen war seinen
Eltern ausgerissen und befand sich auf einer „Paddelboot-
fahrt nach Ägypten“, wurde aber schon in Unterrieglingen
erwischt und dort von einem Landjägerbeamten abgeholt
und hier eingekerkert. Schon vor etwa 14 Tagen hat der
Junge ein Paddelboot gestohlen und damit eine Fahrt bis

Wühlacker gemacht, wo er das Boot durch Einstoßen eines
Lochs zum Sinken brachte. In Wirklichkeit wollte der Junge
zu einem Bekannten nach Ägypten segeln. Weil er dazu
natürlich Geld brauchte, sahl er der Tante das Sparkassen-
buch, hob das Geld ab und kaufte sich ein Paddelboot, mit
dem er bis Unterrieglingen kam.

Elmwangen, 23. Juni. Beurteilte Kommuni-
sten. Vor dem großen Schöffengericht standen die Unruhen
zur Verhandlung, die sich am Nachmittag des 18. Januar
ds. Js. in Kalen anlässlich eines nicht genehmigten Umzugs
der Kommunistischen Partei ereigneten. Wegen Aufruhrs
waren angeklagt: die Brüder Hermann, Karl und Hugo
Griehser aus Gmünd, Erwin Weitmann und Karl
Balluff aus Kalen. Die Anklage wegen Aufruhrs wurde
fallen gelassen, dagegen wurde Widerstand gegen die Staats-
gewalt, Nötigung und Beamtenbeleidigung angenommen und
verurteilt Hermann Griehser zu 3 Wochen Gefängnis, Karl
Griehser zu 14 Tagen Gefängnis, Hugo Griehser zu 35 Mark
Geldstrafe, Erwin Weitmann zu 60 RM. Geldstrafe, wäh-
rend Karl Balluff freigesprochen wurde.

Brandstiftung. Das Schwurgericht hat die 45 J. a.
Fabrikarbeitersehefrau und Spezereihändlerin Marie
Baumhauer von Unterbettringen O. Gmünd wegen
Brandstiftung und Versicherungsbetrugs zu der Gesamts. oje
von 3 Jahren 10 Tagen Zuchthaus verurteilt. Da die Tat
zum Teil einer ehrlosen Gefinnung entsprang und die An-
geklagte sich nicht scheute ein fremdes, einer Kriegerwitwe
gehöriges Haus zu zerstören, wurden ihr die bürgerlichen
Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Nürtingen, 23. Juni. Verurteilungen. In einer
hiesigen Maschinenfabrik hat sich eine Kontoristin Ver-
letzungen, die schon längere Zeit zurückliegen, in größerem
Maßstab zuschulden kommen lassen. Sie hat Zahlungsein-
tragungen von längst entlassenen Arbeitern gemacht und
sich so in den Besitz der betreffenden Beträge gesetzt.

Urach, 23. Juni. Den Verletzungen erliegen.
Der Betriebsleiter des hiesigen Elektrizitätswerks, Gustav
Friedrich, ist den Verletzungen, die er vor einigen
Tagen durch Verdringung der Starkstromleitung in Aus-
übung seines Berufs im Transformatorhaus der Eich-
halde erlitten hatte, erlegen. Friedrich konnte im vorigen
Jahr auf eine 23jährige Tätigkeit als Betriebsleiter des
Elektrizitätswerks zurückblicken.

Talmühle, O. Calw, 23. Juni. Töblicher Mo-
torradunfall. Sonntag vormittag fand der Strecken-
warter auf der Strecke zwischen Talmühle und Leinach den
35 J. a. Schuhmacher Steimle von Weinberg O. Calw
mit einer schweren Kopfwunde tot im Wasser liegend. Das
Motorrad lag vollständig zertrümmert auf der Leiche. Wie
sich der Unfall zugetragen hat, ist bis jetzt unbekannt.

Tübingen, 23. Juni. Der neue Landgerichts-
präsident. Der Staatspräsident hat den Landgerichts-
direktor L a n d e r e r, Vorsitzenden des Landesarbeits-
gerichts in Stuttgart, zum Landgerichtspräsidenten in Tü-
bingen ernannt.

Egenhausen, O. Nagold, 23. Juni. Töblicher Mo-
torradunfall. Der ledige 30 J. a. Wagnermeister
Jakob Maser und der verh. Jakob Schuler, beide von
hier, fuhren mit dem Motorrad mit Beiwagen nach Allens-
feld. Unterwegs begegnete ihnen ein hiesiges Lastauto,
dessen Kotflügel Maser am linken Bein erfasste und vom
Sitz riß. Das Motorrad überschlug sich mehrmals den Ab-
hang hinunter in eine Tannenkultur. Der Mitfahrer Schu-
ler kam mit dem Schrecken davon, während Maser schwer
verletzt ins Nagolder Krankenhaus verbracht wurde, wo
ihm das linke Bein abgenommen werden mußte. Er starb
jedoch noch am selben Abend.

Ebingen, 23. Juni. Schreinerverbandstag. —
Gauturnfest. Die Schreinermeister Württembergs hal-
ten vom 11.—13. Juli hier ihren 23. Verbandstag ab. —
Am 25. und 26. Juli veranstaltet hier der Zollern-Schalke-
burggau sein Gauturnfest, mit dem Sportwettkämpfe und
Wettkämpfe der Turnerinnen verbunden sind.

Schwenningen, 22. Juni. Schweres Motorrad-
unglück. Nachts fuhr ein etwa 4—5 Motorradfahrer von
hier nach Hisingen, um den Löwenwirt King, einen Schwen-
ninger, zu besuchen. Etwa zwischen 12 und 12.30 Uhr stieß
er aus Hisingen kommendes Auto an einer kleinen Kurve
zwischen Donaueschingen und Hisingen mit dem ersten Mo-
torrad der Fahrgruppe so gewaltig zusammen, daß der Bei-
wagen vom Motorrad abgerissen und dem darin sitzenden,
29 Jahre alten verheirateten Uhrmacher Christian Boffe-
ler von hier der Schädel gespalten wurde. Boffeler war so-
fort tot. Der Lenker des Motorrads, der 24 Jahre alte
ledige Karl Kohler, Sohn des Karl Kohler, trug mehr-
fach komplizierte Knochenbrüche am linken Bein, am rechten
Bein einen Kniegelenksbruch sowie mehrfache Fleischver-
letzungen davon.

Geislingen a. d. St., 23. Juni. Elektrifizierung.
— Bahnhofumbau. Zur Stromversorgung der Strecke
Stuttgart—Ulm ist die Errichtung einer 110 000 Volt-Freilei-
tung von Ulm nach Plochingen abwärts der Bahnstrecke
notwendig. Vertreter der Reichsbahn haben gemeinsam mit
Vertretern des Oberamts und der Stadt im Beisein des
Landeskonserators für Natur- und Heimatschutz, Prof. Dr.
Schwenkel-Stuttgart, die Strecke besichtigt. — Auf wieder-
holte Vorstellungen des Bürgermeisters ist das Württ. Wirt-
schaftsministerium in Verhandlungen mit der Reichsbahn-
direktion eingetreten, so daß nunmehr die Unterführung der
Bahnstrecke auf dem hiesigen Hauptbahnhof noch vor der
Elektrifizierung ausgeführt werden soll. Bedingung ist Ge-
währung eines Darlehens durch die Amtskörperschaft an die
Reichsbahn von 200—250 000 RM. bei 5prozentiger Ver-
zinsung, was inzwischen von der Amtsversammlung beschlos-
sen worden ist.

Ulm, 23. Juni. Vom Rathaus. Die gestrige Gemein-
deratsversammlung hatte sich mit zwei schwerwiegenden Punkten
zu befassen: 1. Mit der Frage der Elektrifizierung der
Reichsbahn und 2. mit der „Frage der Gemeinschaftsarbeit
mit Neu-Ulm“. Bezüglich der Elektrifizierung der Reichs-
bahn konnte Oberbürgermeister Dr. Schwammberger
mitteilen, daß die Jünglerbrücke nicht geändert werden muß.
Der Bahnhofsteig beim Bahnhof muß um 80 Zentimeter ge-
hoben werden. Die Neutorbrücke bleibt ungeändert. In der
Bahnlinienführung bei der Stuttgarterstraße müssen die
Tunnels abgehoben und eine Ueberführungsbrücke herge-
stellt werden. Da die Straße Eigentum des Staats ist, hat
der Staat die Kosten zu tragen. Das große Schmerzenskind
ist die Baubereitortbrücke, die schon bisher nur in be-
schränktem Umfang den Verkehr bewältigen konnte. Die
Reichsbahnverwaltung ist der Ansicht, daß sie mit der alten
Brücke auskomme, wenn sie in der Mitte um 20 Zentimeter
gehoben werde. Die Stadtverwaltung vertritt aber die Mei-
nung, daß eine solche Hebung nicht statthaft ist und die

Brücke an und für sich schon baufällig ist. Die Stadt stellt
daher die alte Forderung einer neuen Brücke. — Schon seit
Jahren bestand zwischen den Stadtverwaltungen Ulm und
Neu-Ulm eine Fühlungnahme zur kommunalpolitischen Zu-
sammenarbeit, die für die Entwicklung der beiden Städte in
wirtschaftlicher Hinsicht von großer Bedeutung gewesen wäre.
Dieser Zustand hat kürzlich in der Stadtratsitzung in Neu-
Ulm zu einer scharfen Meinungsäußerung von Neu-Ulmer
Stadträten gegen diese Bestrebungen geführt. Nachdem der
Gemeinderat Ulm die Absicht des Oberbürgermeisters, einen
Gemeinschaftsvertrag auszuarbeiten, gebilligt hatte, teilte
dieser dem Stadtrat Neu-Ulm den Entwurf vertraulich mit.
Ueber zehn Monate ließ die Stadt Neu-Ulm die Stadt Ulm
auf eine Antwort warten. Rahnungen waren ohne Erfolg.
Aus bestimmten Vorgängen auf dem Rathaus in Neu-Ulm
mußte Ulm die Ueberzeugung gewinnen, daß dort die An-
genheit noch nicht in feste führende Hände genommen
wurde. O. B. M. Dr. Schwammberger beabsichtigt nun, der
Stadt Neu-Ulm mitzuteilen, daß sie in der Sache nichts
mehr tun werde und Anregungen von der Stadt Neu-Ulm
abwarte. Auch dann wäre die Stadt Ulm wieder bereit, in
Verhandlungen einzutreten.

**Ein stweilige Verfügung gegen den Ulmer
Sturm.** Durch Verfügung des Amtsgerichts Ulm ist vor-
läufig die Weiterverbreitung des Ulmer Sturm Nr. 23, in
dem Verdächtigungen gegen die Konsum- und Spargenossen-
schaft Ulm enthalten sind, verboten worden. Die Konsumver-
waltung stellt in einem Flugblatt fest, daß die Behauptungen
im Sturm gemeine Lügen sind. Der Umsatzzugang
sei eine Folge der billigeren Preise für Lebensmittel. Den
Mitgliedern wird auch für das laufende Jahr die 5prozentige
Rückvergütung in Aussicht gestellt. Die Sache wird wohl
ein gerichtliches Nachspiel haben.

Laupheim, 23. Juni. Verhaftung. Etwa seit Mitte
voriger Woche trieb sich ein 57 J. a. Schwindler, der von
Winzigen O. Gmünd gebürtig ist, hier und in der Um-
gebung herum. Er gab sich als Wirt und Viehhändler
aus, dem gerade das Geld ausgegangen sei, und suchte sich
Geld zu erschwindeln, was ihm auch einige Male gelang.
Einmal behauptete er, sein Geld sei ihm gestohlen worden,
was sich ebenfalls als unwahr erwies. Er wurde gefaßt,
als er sich gerade bei zwei jungen Leuten nach einer Auto-
vermietung erkundigte, um nach Ulm auszureißen. Der
Beträger ist verschiedentlich, auch mit Zuchthaus, vor-
bestraft.

Mindersdorf in Hohenz., 23. Juni. Brand. Abends
brannte die Doppelscheune des Land- und Gastwirts Ru-
dolf Glöckler in kurzer Zeit nieder. Rindvieh und
Schweine wurden gerettet. Der Schaden beläuft sich auf
80 000 Mark; er ist durch Versicherung gedeckt. Brand-
ursache unbekannt.

Zurüchtbare Bluttat

Tüfelingen, 23. Juni. Seit längerer Zeit litt der als
Ausläufer bei einer Zeitung beschäftigte Albert Epple an
Wahnvorstellungen. Seine Frau starb vor etwa acht Wochen
nach kurzer Krankheit. Seitdem lebte er im Wahn, daß seine
Frau ihn immer verfolge und ihn bitte, er möge ihr doch ins
Jenseits folgen. Am Sonntag kam er nach reichlichem Al-
koholgenuß nach Haus und überraschte seine zwei Kinder,
einen Knaben von 10 und ein Mädchen von 8 Jahren im
Schlaf und schoß sie im Bett nieder; worauf er sich dann
selbst einen tödlichen Schuß beibrachte.

Bei der Ortsvorsteherwahl wurde gewählt: In Bihla-
fingen O. Laupheim der bisherige Bürgermeister Dil-
ger, der demnächst eine 25jährige Amtszeit hinter sich
hat; in Höfen O. Biberach August Schädler in Cal-
muthöfen; in Hülen O. Neresheim der seitherige Bürger-
meister Maile.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Der deutsch-rumänische Handelsvertragsentwurf para-
phiert.** Bei den deutsch-rumänischen Handelsvertragsver-
handlungen haben die beiderseitigen Delegationen in allen
Punkten volles Einvernehmen erzielt und den
Vertragsentwurf paraphiert. Die Unterzeichnung des Ver-
trages wird nach Festlegung der Urschriften in den nächsten
Tagen erfolgen.

„Im Westen nichts Neues“ bleibt in Oesterreich verboten.
Die Beschwerde der Uniersalgeseellschaft gegen das Bundes-
kanzleramt wegen Verbotes des Filmes „Im Westen nichts
Neues“ ist vom Verfassungsgerichtshof abgewiesen
worden.

Todesurteil wegen Raubmordes. Das Schwurgericht
Meesrich verurteilte den 20jährigen landwirtschaftlichen
Hilfsarbeiter Erich Pfeiffer aus Klein-Bosemulde wegen
Mordes zum Tode und zur Aberkennung der bürgerlichen
Ehrenrechte. Der Angeklagte hatte am Abend des 10. Mai
d. J. den Arbeiter Albert Baumzinnal in Tirschtal ermor-
det und beraubt. Er steht auch in dem Verdacht, am 1. Sep-
tember 1928 die Arbeiterfrau Anna Platysel in Großdorf/
Kreis Pomm. ermordet und beraubt zu haben. Die Krimi-
nalpolizei hat bereits die Aufklärung in dieser Richtung auf-
genommen.

Explosion in einer polnischen staatlichen Pulverfabrik.
Gestern erfolgte in einer der staatlichen Pulverfabriken Mi-
tekpolens in Jagodzian eine Explosion. Zwei
Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, einer erlitt schwere
Verletzungen.

Erdbeben in Neuseeland. In ganz Neuseeland wur-
den starke Erdstöße verspürt. In verschiedenen Ortschaften
wurden die Straßen und Wasserleitungen zerstört und be-
trächtlicher Schaden in den Häusern angerichtet.

**Riesige Feuersbrunst im Hafen von St. Johns in Neu-
braunschweig.** Wie Associated Press aus St. Johns in Neu-
braunschweig (Kanada) meldet, ist dort an der West-
seite des Hafens ein Brand ausgebrochen, der sich zu einer
riesigen Feuersbrunst entwickelte. Mehrere Lager-
häuser und ein Getreidespeicher wurden ein Opfer der Flam-
men. Der durch den Brand angerichtete Schaden wird bis
auf 10 Millionen Dollar geschätzt.

Schweres Autounglück in Spanien. — Chauffeur ge-
tötet. In der Gegend von Santa Olfalka fuhr ein Last-
kraftwagen in eine Menschenmenge, die sich zu einer repu-
blikanischen Versammlung begeben wollte. Dabei wurden
drei Personen getötet und 70 verletzt. Der Chauffeur des
Wagens wurde von der erregten Menge getötet. Es
heißt, daß das Unglück auf ein absichtliches Verschul-
den des Fahrers zurückzuführen ist.

